



QUARTIERSMANAGEMENT
SCHILLERPROMENADE

TFO – Task Force Okerstraße Strategiekonzept

QM Schillerpromenade
17.03.2009

Inhaltsverzeichnis

| | | |
|----|---|---|
| 1. | Vorbemerkungen zur Ausgangssituation | 2 |
| 2. | Zielsetzungen und Grundidee des Projekts | 4 |
| 3. | Die Partner des Projekts / AG Task Force | 7 |
| 4. | Die Teilbereiche des Projekts | 9 |
| | • <i>Wohnen und sicheres Wohnumfeld</i> | |
| | • <i>Nachbarschaft und Beteiligung</i> | |
| | • <i>Verbesserung der Situation der Familien und Kinder bzw. Jugendlichen</i> | |
| | • <i>Trinkerproblematik auf der Schillerpromenade</i> | |

1. Vorbemerkungen zur Ausgangssituation

Sicherheit und Sauberkeit sind für viele Menschen von grundlegender Bedeutung für Lebensqualität und Identifikation mit dem Kiez. Auch für das Quartiersmanagement in der Schillerpromenade ist das Thema „sauberes und sicheres Wohnumfeld“ ein wichtiges Handlungsfeld. Das Quartiersmanagement hat deshalb seit 1999 eine Vielzahl von Gesprächen mit Anwohnern und Hauseigentümern geführt, zu „Runden Tischen“, Bewohnerversammlungen und Informationsveranstaltungen mit der Polizei eingeladen sowie investive und auch kleinteilige Maßnahmen zur Aufwertung des Wohnumfeldes umgesetzt. Mit Unterstützung des Quartiermanagements entstand ein eng geknüpftes Netzwerk lokaler Akteure und Anwohner, die sich gemeinsam für einen sauberen und schönen Kiez engagieren, die Initiative pro Schillerkiez ist hier ein gutes Beispiel.

Trotz dieser Aktivitäten und Maßnahmen ist die Situation in einigen Bereichen der Schillerpromenade schwierig und hat sich teilweise sogar verschlechtert: Seit 2005 gibt es vermehrt Anwohnerbeschwerden über Trinker und von ihnen ausgehende Belästigungen auf der Schillerpromenade. Neben der Trinkerproblematik werden v.a. im Bereich Oker-, Weise-, Leinestraße und Schillerpromenade (südlicher Abschnitt) zunehmend Nachbarschaftskonflikte durch unbeaufsichtigte, teilweise vernachlässigte Kinder und Jugendliche vorwiegend aus Roma-Familien sowie auch hier anzutreffende Trinkergruppen festgestellt. Im besonderen Fokus stehen hierbei die Häuser Okerstraße 42,43 und 45 sowie Schillerpromenade 27. Diese Häuser befinden sich im Eigentum ein und desselben Eigentümers und sind in einem teilweise desolaten Zustand.

Eine ganz neue Problematik ergibt sich durch die EU-Ostweiterung seit 2007, die insbesondere in den Sommermonaten einen enormen Anstieg von „Saisonarbeitern“ vorwiegend aus Rumänien zur Folge hat. Belegungen von 2-Zimmer-Wohnungen mit bis zu 11 Personen, Schwarzarbeit und illegale Geschäfte finden oftmals ihren Ausgang in der Okerstraße. Die mitgebrachten Kinder werden entweder zum Betteln oder zu anderen Tätigkeiten eingesetzt und sind sich ansonsten größtenteils selbst überlassen.

Aufgrund dieser vielschichtigen und schwierigen Problemlage ist das Quartiersmanagement-Team in der Schillerpromenade im Sommer 2008 auf die jeweils zuständigen Fachämter sowie Polizei und Justiz zugegangen, und bat um Unterstützung bei der Lösung der Probleme.

Die Resonanz bzw. Reaktion der angesprochenen Fachämter im Bezirk bzw. Institutionen war sehr heterogen. Zwar war man sich einig darüber, dass o.g. Probleme dringend und möglichst sofort gelöst werden müssten. Auch die Gründung einer gemeinsamen Arbeitsgruppe, hier genannt AG Task Force Okerstraße basierte auf einer einstimmig gefällten Entscheidung; jedoch je weiter der Prozess der Bestandsanalyse in die Tiefe und Konkretisierung ging, umso „zäher“ und schwieriger gestaltete sich der Abstimmungsprozess. Schon allein die Klärung der jeweiligen Zuständigkeiten bzw. das Offenlegen der einzelnen Arbeitsstände im Umgang mit der Problematik wurde sehr unterschiedlich vorgenommen.

Besonders hervorhebenswert ist an dieser Stelle die Unterstützung der Polizei, sowohl der AGIM als auch des Abschnitts 55, nicht nur bei der Analyse des Ist-Standes in den angesprochenen Bereichen sondern auch hinsichtlich vorgestellter Lösungsvorschläge. Die Situationsbeschreibung aus dem Jugendamt blieb in weiten Teilen vage und unverbindlich. Auch das Schulamt hielt sich deutlich zurück und gab erst nach mehrmaligen Nachfragen Teilinformationen heraus.

Die Verfasserin will mit diesen Feststellungen nicht den Eindruck erwecken, dass die Zusammenarbeit mit QM nicht gewollt wäre, allerdings gibt es offensichtlich eine große Unsicherheit dahingehend, inwieweit ein freier Träger wie das QM mit „amtsinternen“ Informationen versorgt werden kann. Hinzu kommt das ursprüngliche Selbstverständnis von QM, welches in erster Linie einen präventiven, angebotsorientierten Ansatz verfolgt und dementsprechend ausgestaltete Projekte fördert.

Die hier vorliegende langjährige Problematik kann das QM-Team nicht allein mit präventiven Maßnahmen und Angeboten lösen. Hier müssen die zuständigen Behörden bzw. Institutionen dem QM ggf. intervenierend zur Seite stehen. Ohne diese Unterstützung sind die - von QM initiierten und aus dem Programm Soziale Stadt finanzierten - Präventionsprojekte teilweise bzw. auf lange Sicht gesehen, gänzlich wirkungslos und damit eine Verschwendung öffentlicher Mittel.

Auch die – im wesentlichen auf ihr jeweiliges Ressort beschränkte - Arbeit der einzelnen Fachverwaltungen wird zu keiner nachhaltigen Verbesserung der Situation führen. Die Vernetzung der einzelnen Fachämter im Bezirk ist zwar punktuell vorhanden (bspw. Informiert das Schulamt seit 2008 automatisch das Jugendamt bei Schulversäumnisanzeigen), dies führt aber nicht in jedem Falle zu einem abgestimmten Handeln und konsequenten Vorgehen. Auf Nachfrage beim Jugendamt wurde mitgeteilt, dass die Schulversäumnisanzeigen zwar an die zuständigen Mitarbeiter weitergegeben werden, es ihnen aber überlassen bleibt, wie sie damit umgehen, eine Rückinformation an Schule gibt es i.d.R. nicht.

Innerhalb der bezirklichen Fachämter sind bereits erste Ansätze vorhanden, Einzelfälle auch im sozialräumlichen Kontext zu lösen. So gibt es im Gebiet Flughafenstraße auf Initiative des Regionalen Dienstes Nord-West das Projekt Mobile Familien- und Jugendarbeit im Flughafenkiez und in der Weißen Siedlung / Dammweg das Modellprojekt „SoFJA – sozialraumorientierte Familien- und Jugendarbeit“ (jeweils aus Mitteln der Sozialen Stadt finanziert). Beide Projekte stellen eine fachinterne Verknüpfung von mobiler Jugendarbeit mit aufsuchender Familienberatung her. Eine weiterführende Ausrichtung des Projekts in den Kiez und die Einbeziehung weiterer Zielgruppen ist nicht vorgesehen, die Einbeziehung anderer Fachbereiche beschränkt sich auf Einzelaktionen. Für den Bereich Okerstraße ist dieser Projektansatz durchaus übertragbar, sollte sich jedoch aufgrund der vorgenannten Problemlage nicht nur auf die sozialraumorientierte Familien- und Jugendarbeit eingrenzen lassen.

2. Zielsetzungen und Grundidee des Projekts

*Das **strategische Ziel** des Projekts besteht darin, das nachbarschaftliche Miteinander in einem ausgewiesenen Problembereich neu zu organisieren und allen Bewohnern ein Leben in einem sicheren und sauberem Wohnumfeld zu ermöglichen.*

4

Als konkret abgegrenzter Problembereich ist für dieses Projekt die Okerstraße (zwischen Schillerpromenade und Herrmannstraße), die Weissestraße (zwischen Oker- und Leinestraße) sowie die Schillerpromenade (von der Leinestraße bis zum Herrfurthplatz definiert. Dabei werden ähnliche bzw. vergleichbare Abläufe bzw. Probleme in benachbarten Arealen mit in die Projektentwicklung einbezogen. (So wurde die Silbersteinstraße 114, als ein „klassisches Problemhaus“ in die Bestandsanalyse mit einbezogen; insbesondere die Grenzen und Möglichkeiten der AG Task Force Okerstraße lassen sich an diesem Beispiel besonders deutlich ablesen.)

Die Hauptzielgruppen sind problematische bzw. auffällig gewordene Familien, insbesondere aus den als „**Problemhäuser**“ identifizierten Wohnungen. Einige von ihnen werden schon langjährig von der Jugendhilfe (Familienhelfer, ambulante Hilfen) betreut. Ein besonderes Augenmerk gilt dabei den **Kindern und Jugendlichen** der betroffenen Familien, die bisher keinen Zugang zu der vorhandenen Angebotsstruktur der Kinder- und Jugendeinrichtungen gefunden haben. Aber auch die „ganz normalen und angepasst lebenden“ **Anwohner** sind

eine wichtige Zielgruppe bzw. zukünftig sogar Akteure in diesem Projekt. Die Okerstraße muss ein sicherer öffentlicher Raum für alle Anwohner sein.

Die **Trinkergruppen auf der Schillerpromenade** bedürfen einer besonderen Betreuung und Ansprache. Es muss erreicht werden, dass die Grünanlage der Schillerpromenade mit ihren Bänken und Spielgeräten ein Freizeit- und Erholungsangebot für alle Bewohner ist.

Die operationalen Ziele lassen sich in vier Handlungsfelder einordnen:

Wohnen und sicheres Wohnumfeld

- *Verbesserung des Bauzustandes der „Problemhäuser“ und dazugehörigen Höfe, Beseitigung von Gefahrenquellen und gesundheitsgefährdenden Faktoren*
- *Schaffung einer übersichtlichen Mieterstruktur / Einrichtung von Hauswartwohnungen*
- *Klärung der Wohnsituation in der Okerstraße und angrenzende Straßen*
- *Beseitigung nutzungsbedingter Konflikte durch Überbelegung der Wohnungen*
- *Verbesserung des Wohnumfeldes / Beseitigung von lärmverursachenden und konflikträchtigen Faktoren im öffentlichen Raum*

5

Nachbarschaft und Beteiligung

- *Aufbau aktiver nachbarschaftlicher Strukturen in diesem Bereich*
- *Schaffung einer neuen – auf die Okerstraße bezogenen - Beteiligungskultur / Aktivierung und Unterstützung engagierter Anwohner bei ihren Bemühungen für ein besseres Wohnumfeld*
- *Umfassende Information aller Anwohner über Konzept und Maßnahmeschritte (breite Öffentlichkeitsarbeit)*

Verbesserung der Situation der Familien und Kinder bzw. Jugendlichen

- *Klärung und Verbesserung der Situation in den „Problemfamilien“*
- *Einrichtung einer niedrigschwelligen, fachlich betreuten Anlaufstelle für „Problemfamilien“ vor Ort / Initiierung spezieller Angebote für Kinder und Jugendliche mit Roma-Hintergrund*
- *Verbesserung der Schulsituation für Kinder und Jugendliche mit Roma-Hintergrund*

- *Integration der „Problemfamilien“ in die Nachbarschaft / Schaffung eines Netzes nachbarschaftlicher Hilfe und Unterstützung*

Trinkerproblematik auf der Schillerpromenade

- *Klärung und Verbesserung der - durch Trinkergruppen beeinträchtigten - Situation auf der Schillerpromenade*

Es gibt mit dieser strategischen Zielsetzung ein eng verknüpftes Unterziel:

Die erfolgreiche Erprobung einer gebietsbezogenen (sozialräumlichen), interdisziplinären und verwaltungsübergreifenden Zusammenarbeit aller beteiligten Fachämter, Institutionen und Einrichtungen und insbesondere auch mit dem QM.

Arbeitsgrundlage dieser Zusammenarbeit wird ein verbindlich abgestimmtes **Handlungskonzept** sein. Dabei werden in Zuordnung der operationalen Ziele (wer? was? wann?) Maßnahmenvorschläge sowie Indikatoren zur Zielerreichung benannt. Das (jährlich) fortzuschreibende Handlungskonzept wird ein System aufeinander abgestimmter, sowohl präventiver als auch intervenierender Maßnahmen beschreiben, von der Früherkennung von Auffälligkeiten (z.B. Lärm und Ruhestörung durch Trinker) und Hilfebedürftigkeit (z.B. Klärung der Betreuungs- und Wohnsituation von auffällig gewordenen Kindern) bis hin zur konsequenten Verfolgung von strafrelevantem Verhalten (z.B. Gewaltvorkommnisse und Vandalismus). Bestandteil des Konzepts sind auch – auf diesen Problembereich ausgerichtete - bereits bestehende Maßnahmen und Projekte (auch außerhalb von QM) sowie neue Module zur Schließung vorhandener Angebots- bzw. Präventionslücken. (siehe hierzu auch Anlage 2: Maßnahmen- und Durchführungsübersicht mit Kosten- und Zeitplanung)

Bestandteil der Konzeptarbeit wird auch die Analyse beispielhafter nationaler und internationaler Projekte sein. Diese sollen auf ihre Übertragbarkeit bzw. Modifikation auf hiesige Bedürfnisse geprüft werden. So ist u.a geplant, sowohl den TIP in Rotterdam als auch das Romaprojekt „Schaworalle“ in Frankfurt am Main im Rahmen einer Fachexkursion der AG Task Force Okerstraße zu besuchen.

Neben dem lokalen Aspekt lässt sich in der Okerstraße ein **wachsendes globales Problem** erkennen, dass sich in seiner Negativwirkung auch in anderen Stadtteilen Neuköllns (High-decksiedlung) und Berlins bereits abzeichnet: Seit der EU-Osterweiterung in 2007 hat die Zahl der vorwiegend aus Osteuropa stammenden „Saisonarbeiterfamilien“ stetig zugenom-

men. Auch in dem aktuellen Lagebericht der Dir 5 ZA / AGIM vom 10.01.2009 wird davon ausgegangen, dass“ab April 2009 ... mit einem erneuten starken Zuzug von rumänischen Saisonarbeitern zu rechnen ist. ... In den dann kommenden Sommermonaten werden sich die Problemfelder des Jahres 2008 erneut wiederholen, wenn nicht sogar verschärfen. Dazu gehören Betteln, Beschaffungskriminalität, Prostitution, Schwarzarbeit, Scheinselbstständigkeit, illegale Untervermietung und Überbelegung von Wohnraum, Ordnungswidrigkeiten sowie Verstöße gegen das Ausländergesetz (sh. hierzu auch den Bericht der AGIM von 09/2008) .. Ebenfalls ist davon auszugehen, dass die in den letzten 2 Jahren (seit EU- Beitritt Rumäniens) geschaffenen Strukturen und Kontakte in Berlin zu einer Verfestigung der o.a. Problematik führen werden“.

Hier ist die Landes- bzw. Bundespolitik aufgefordert, schnellstmöglichst Lösungsansätze zu schaffen, um solche Entwicklungen, wie sie sich bereits in 2008 ankündigten, zumindest zu stoppen! Ein **weiteres wichtiges Unterziel des Projekts** ist es deshalb, die Dringlichkeit des Themas in der Bundes- bzw. Landespolitik anzusprechen und keinesfalls dem Selbstlauf zu überlassen.

3. Die Partner des Projekts / AG Task Force / Team Task Force

7

Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche Umsetzung der Projektidee ist die kontinuierliche, vertrauensvolle und zielorientierte Zusammenarbeit aller beteiligter Fachämter, Institutionen und Einrichtungen. Dieser Gedanke war bereits in der Phase der Bestandsaufnahme Konsens. Eine tragende Rolle nimmt dabei das Bezirksamt Neukölln ein, dies begründet sich aus der Teilnehmerliste bzw. den Zuständigkeiten für die Probleme bzw. Defizite des Problembereichs.

Nachstehend die Liste der von den jeweiligen Fachämtern benannten Vertreter in der AG „Task Force Okerstraße“:

- BA Neukölln, Migrationsbeauftragter, Herr Mengelkoch
- BA Neukölln, Jugendamt / Region Nordwest, Herr Mitbach
- BA Neukölln, Schulamt AV QM, Herr Ramm
- Frau Manuela Seidel-Nick, SenBWF Schulaufsicht Neukölln
- Frau Angelika Prase-Mansmann, SenBWF Schulaufsicht Neukölln

- Polizei Abschnitt 55 3. Dienstgruppe, Frau Weiß-Goldschmidt
- Direktion 5 ZA AGIM, Herr Röchert, Frau Paukert
- BA Neukölln, Kinder-, Jugendgesundheitsdienst 104 Nord, Frau Irlenkäuser
- BA Neukölln, Bau- und Wohnungsaufsichtsamt, Frau Stein
- BA Neukölln, Ordnungsamt, N.N.
- BA Neukölln, Koordination BzBm QM3, Frau Kilic
- Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, IV B 3-13, Frau Kaftan
- Quartiersmanagement Schillerpromenade, Frau Schmiedeknecht, Frau Reichardt
- n. n. Team Task Force

Die Leitung der AG wird vom Migrationsbeauftragten des BA Neukölln, Herrn Mengelkoch unter Beisitz des QM, Frau Schmiedeknecht übernommen. Herr Mengelkoch ist gleichzeitig verantwortlich für die bezirkliche Trägerschaft des Soziale Stadt-Projekts Task Force Okerstraße. Die AG tagt mindestens 1x vierteljährlich nach vorher festgelegter Tagesordnung und Teilnehmer- bzw. Gästeliste. Der Tagungsort ist das Rathaus Neukölln.

Zur Vorbereitung der Sitzungen der AG, für die zwischenzeitlich erforderliche Verbindung zwischen den Fachämtern und QM und für die Abwicklung des Soziale-Stadt-Projekts wird eine Koordinierungsstelle eingerichtet. Die Koordination klärt Zuständigkeiten und Ansprechpartner, ist Schnittstelle zwischen Bezirksamt und externer Verfahrensbeteiligter und unterstützt den Migrationsbeauftragten in seiner Funktion als verantwortlichen Projektträger.

Team Task Force

Zur Umsetzung der Ziele **Verbesserung der Situation der Familien und Kinder bzw. Jugendlichen und Trinkerproblematik auf der Schillerpromenade** werden kurzfristig – zunächst befristet bis 2010 – zwei Honorarstellen für einen Sozialarbeiter und einen Sozialpädagogen im Bereich Okerstraße und eine weitere für einen Sozialarbeiter zur Betreuung und Eingliederung der Trinker auf der Schillerpromenade eingerichtet.

Im Bereich Okerstraße leistet das Team zum einen Streetwork und aufsuchende Familienberatung, zum anderen stimmt es vorhandene Hilfs- und Betreuungsangebote (ambulante Hilfen zur Erziehung) mit seinem Aufgabengebiet ab und ist darüber hinaus Ansprechpartner sowohl für die Anwohner als auch Akteure bzw. Behörden. Zur Sicherung der Vor-Ort-Präsenz werden - bei ausreichend vorhandenem Mittelbudget - für das Team geeignete Räumlichkeiten angemietet.

4. Die Teilbereiche des Projekts (Umsetzung der operationalen Ziele)

Wohnen und sicheres Wohnumfeld

- *Verbesserung des Bauzustandes der „Problemhäuser“ und dazugehörigen Höfe, Beseitigung von Gefahrenquellen und gesundheitsgefährdender Faktoren*

Die Wohnhäuser in diesem Bereich sind vor ca. 100 Jahren errichtet worden und weisen einen sehr unterschiedlichen Unterhaltungs- bzw. Sanierungs- und Modernisierungsgrad auf. Bei einigen dieser Häuser macht sich ein erheblicher Sanierungsrückstau bemerkbar. Hierbei handelt es sich um die Häuser Okerstraße 41,42 und 45 sowie Schillerpromenade 27, die alle einem Einzeleigentümer gehören. Eine erste, äußere Inaugenscheinnahme ergab das Vorhandensein undichter Dächer, was auf Feuchtigkeit und Schimmelbefall in den Wohnungen schließen lässt. Teilweise sind Treppengeländer kaputt; heraushängende Leitungen lassen eine marode Haustechnik vermuten, es gibt keine Schließanlagen, Wohnungstüren sind ebenfalls teilweise ungesichert. Auch die bereits baulich vorgegebene enge Hofsituation ist durch zusätzliche Vermüllung bzw. großräumige Abstellungen stark beeinträchtigt.

Dennoch sind die Häuser weitestgehend vermietet und bewohnt; nach Polizeiiinformationen zahlt das Jobcenter in der Regel die Miete und zwar offensichtlich zum Höchstsatz. Es ist darüber hinaus anzunehmen, dass die Wohnungen als Scheinadressen zum Bezug von Mietzuschüssen dienen und Wohnungen illegal untervermietet werden.

Maßnahmen zur Verbesserung der Situation:

Der Hauseigentümer muss seiner Verantwortung als Vermieter gerecht werden; es ist zu prüfen, inwieweit rechtliche Verstöße vorliegen, diese sind sofort zu ahnden. Das Bau- und Wohnungsaufsichtsamt wird sich in Kooperation mit dem Gesundheitsamt über den baulichen Zustand der Häuser und Höfe informieren und ggf. Sanktionen verhängen. Auch das Jobcenter als „Hauptmieter“ ist über den Zustand der - von ihm angemieteten - Wohnungen zu informieren.

Anlässlich einer – vom QM organisierten - Mieterversammlung sind die Nutzer der Wohnungen von einem unabhängigen Rechts- bzw. Mieterberater über ihre Rechte als Mieter aufzuklären.

Bei einem nachweislichen Vorliegen illegaler Untervermietung sind sofort rechtliche Schritte einzuleiten. (sh. hierzu auch Problem EU-Osterweiterung)

- *Klärung der Wohnsituation in der Okerstraße und angrenzende Straßen / Schaffung einer übersichtlichen Mieterstruktur / Einrichtung von Hauswartwohnungen*

Die Mieterstruktur in den „Problemhäusern“ ist unübersichtlich, trotz mehrmaliger Hinweise der AGIM an die Hausverwaltung die Fürsorgepflicht des Vermieters einzuhalten, ist bisher nichts geschehen. Diese fehlende soziale Kontrolle beschleunigt den Verwahrlosungsprozess und die Tendenz zur illegalen Untervermietung.

Maßnahmen zur Verbesserung der Situation:

Im Zuge der Hausbegehung durch das Bau- und Wohnungsaufsichtsamt ist der Hauseigentümer nochmals an seine Verpflichtung zu erinnern; darüber hinaus sind verstärkt Vor-Ort-Kontrollen durch Polizei und Ordnungsamt anzukündigen und bei Vorliegen entsprechender Sachverhalte auch zu tätigen.

- *Beseitigung nutzungsbedingter Konflikte durch Überbelegung der Wohnungen*

10

Die Okerstraße ist seit Jahren eine „Anlaufadresse für schnelles und billiges Wohnen“. Die Wohnungen der Häuser Okerstraße 43 bis 45 werden zunehmend von Menschen aus Rumänien – oft ohne melderechtliche Anmeldung - angemietet (EU-Osterweiterung). In den Sommermonaten werden diese Wohnungen z.T. als saisonale Schlafplätze genutzt. Dann halten sich in 2 Zimmer Wohnungen bis zu 11 Personen auf (der Rest schläft auf der Straße bzw. im Auto oder Wohnwagen).

Maßnahmen zur Verbesserung der Situation:

Neben der grundsätzlichen Klärung der Problematik durch die Politik bleibt hier lediglich das Mittel der verstärkten Vor-Ort-Kontrolle und das Hinzuziehen anderer „Druckmittel“, wie Kündigung der Mietübernahme durch das Jobcenter bei Nachweis illegaler Untervermietung oder den Nachweis gesundheitsgefährdender Lebensverhältnisse insbesondere für betroffene Kinder.

Da sich dieses Problem bei fehlender Gegensteuerung immer mehr „auswachsen“ wird, sollte die AG Task Force ihre Rolle nutzen und an die zuständigen Vertreter von Bundes- bzw. Landespolitik herantreten, um ein Problembewusstsein bei den Ent-

scheidungsträgern zu wecken. Das QM Schillerpromenade wird sich diesbezüglich auch eng mit dem QM Highdecksiedlung abstimmen, da sich hier eine ähnliche Entwicklung abzeichnet.

- *Verbesserung des Wohnumfeldes / Beseitigung von lärmverursachenden und konflikträchtigen Faktoren im öffentlichen Raum*

Die Okerstraße ist stadtweit als Treffpunkt für Roma bekannt: der AGIR-Imbiss in der Oker 45 gilt als ein bevorzugter Treffpunkt der Bewohner der Oker 41/42 und dient während der Sommermonate als Anlaufstelle und Kontaktbörse für „Neuankömmlinge“. Das „Hoffmanns-Bistro“ in der Oker 41 ist wiederum Treff einer deutschen Trinkergruppe (ca.10 bis 15 Personen). Von beiden Läden geht eine erhebliche Belastung des Wohnumfeldes aus.

Im aktuellen Bericht der AGIM gibt es keine Hinweise auf ein vorhandenes Störpotenzial aus o.g. Treffpunkten. Dennoch wird sich die Situation erwartungsgemäß ab April ändern. Deshalb sollten sich Ordnungsamt und Abschnitt 55 frühzeitig auf regelmäßige gemeinsame Vor-Ort-Kontrollen verständigen.

Nachbarschaft und Beteiligung

- *Aufbau aktiver nachbarschaftlicher Strukturen in diesem Bereich*

Die Situation in der Okerstraße wird fast ausschließlich als problematisch beschrieben, es gibt bisher kaum Anzeichen über das Vorhandensein von Potenzialen und Ressourcen, die eine Kehrtwendung ohne Intervention von außen herbeiführen könnten. Dennoch gibt es auch in der Okerstraße langansässige, gesellschaftlich integrierte und teilweise auch engagierte Anwohner und Gewerbetreibende, die die Situation, so wie sie gegenwärtig ist, nicht hinnehmen wollen. Anfang 2008 fand im „Teufelchen“ auf Einladung der Polizei eine Einwohnerversammlung statt, die diesen Eindruck bestätigte.

Maßnahmen zur Verbesserung der Situation:

Dieses Potenzial bürgerschaftlichen Engagements ist durch das QM neu aufzuschließen. Dabei ist jedoch von vornherein genauestens darauf zu achten, dass hier nicht nur einige „Stimmungsmacher“ ihre Plattform finden, sondern ein repräsentativer Anteil von Anwohner- und Gewerbetreibenden sich hier artikulieren kann. In erster Linie wird es zunächst darum gehen, Gelegenheiten zu schaffen, sich kennen zu lernen und Vorurteile abzubauen.

- *Schaffung einer neuen –auf die Okerstraße bezogenen - Beteiligungskultur / Aktivierung und Unterstützung engagierter Anwohner bei ihren Bemühungen für ein besseres Wohnumfeld*

Bisher beschränkte sich die Beteiligung der Anwohner bzw. Akteure auf die Mitgliedschaft eines Anwohners aus der Okerstraße und einer Hauseigentümerin aus dem angrenzenden westlichen Bereich der Okerstraße im Quartiersbeirat. Eine explizite Sicht auf diesen Problembereich gab es zwar anlassbezogen bereits vor Einrichtung der Task Force Okerstraße, jedoch ohne die aktive Einbeziehung der Anwohner aus diesem Bereich.

Maßnahmen zur Verbesserung der Situation:

Im Zuge der Aktivierung engagierter Anwohner und Gewerbetreibender wird das QM gemeinsam mit ihnen nach Lösungsansätzen für ein attraktiveres und lebenswertes Wohnumfeld suchen, kleinteilige Maßnahmen aus QF1 könnten hier Initialwirkung haben.

Im ausgewiesenen Problembereich gibt es neben dem o. g. Potenzial engagierter Anwohner auch gemeinnützige Einrichtungen bzw. Angebote der sozialen Infrastruktur, die als Partner für ein besseres Wohnumfeld einbezogen werden sollten. Insbesondere die Tee- und Wärmestube der Diakonie in der Weisestraße oder die Schilleria in der Weisestraße sowie die Karl-Weise-Grundschule sollten als Partner für ganz konkrete auf den Bereich Okerstraße ausgerichteten Projekte gewonnen werden.

- *Umfassende Information aller Anwohner über Konzept und Maßnahmen (breite Öffentlichkeitsarbeit)*

Kaum ein Anwohner bzw. Akteur verfügt über ein objektives Bild der Situation in der Okerstraße. Es gibt viele Gerüchte, Übertreibungen aber auch gar nicht wahrgenommene Probleme und Missstände. Besonders deutlich macht sich diese Sachlage an der Wahrnehmung der umherziehenden Roma-Kinder; die wenigsten kennen die dort vorhandenen Familienstrukturen und –probleme und stempeln die Kinder als Ursache „allen Übels“ ab.

Maßnahmen zur Verbesserung der Situation:

Das Projekt der Task Force Okerstraße ist frühzeitig mit den Anwohnern und Akteuren in seiner gesamten Bandbreite zu erläutern, schon um dem Eindruck entgegenzuwirken, dass hier zukünftig mit dem „eisernen Besen gekehrt wird“. Dabei sollte sich die AG Task Force Okerstraße auch auf eine gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit verständigen, um somit auch auszuschließen, dass der eine gegen den anderen in der Öffentlichkeit „ausgespielt“ wird.

Verbesserung der Situation der Familien und Kinder bzw. Jugendlichen

- *Klärung und Verbesserung der Situation in den „Problemfamilien“*
- Im Ergebnis der Bestandserfassung zur TFO stellt das Jugendamt für den gesamten Schillerkiez eine Zunahme an Kinderschutzmeldungen fest, es gibt eine hohe Quote psychisch erkrankter Eltern, (v.a. Frauen mit Migrationshintergrund), die Trennungs- und Scheidungsquote bei Paaren türkischer Herkunft ist besonders hoch, die Trennungsphase sehr konfliktgeladen, extrem viele Haushalte sind überschuldet.
- Im SozPäD gibt es eine Vielzahl von „Betreuungskontakten zu Roma-Familien, es gibt Fälle von Herausnahmen von Kindern und familiengerichtliche Verfahren.
- In den Häusern Okerstraße 41/42 leben fast ausschließlich kinderreiche Romafamilien aus Ex-Jugoslawien. Zumeist ist ihr Aufenthaltsstatus gesichert; (durch Heirat bzw. Schulpflicht der hier geborenen Kinder). Es gibt in diesem Bereich deutliche Hinweise auf Kindesvernachlässigung, fehlender elterlicher Fürsorge und nicht nachgegangener Aufsichtspflicht. In der Okerstraße 41/42 werden drei Familien durch den RSD (seit Jahren) betreut. Darüber hinaus erhalten „eine ganze Reihe von Roma-Familien gezielte ambulante Hilfen“. Der RSD spricht aktuell von „kleinschrittigen Erfolgen, „die Kombination von Druck und angemessener Unterstützung hat sich als durchaus hilfreich erwiesen“. (Jug NW L).

Maßnahmen zur Verbesserung der Situation:

In enger Abstimmung mit der AG (insbesondere Jugendamt, Schule und Migrationsbeauftragten) wird das Team Task Force ausgewählt. Dabei ist sowohl auf den geeigneten kulturellen Background als auch fachliche Kompetenz zu setzen. Bei ausreichend vorhandenem Budget wird ein Vor-Ort-Büro des Teams eingerichtet. Das Team Task Force beginnt seine Tätigkeit zunächst mit der Klärung der konkreten Fallzahlen und –Bedarfe vor Ort. Im Ergebnis gemeinsamer Fallkonferenzen werden die Angaben des Jugendamtes konkretisiert. Damit kann auch das vom Jugendamt vorgeschlagene co-System aufgebaut werden. In enger Abstimmung mit Schule (insbesondere der Karl-Weise-Grundschule und deren Elternschule) werden in Frage kommende Familien hinsichtlich ihres vorhandenen Betreuungskontextes geprüft und bisher nicht bekannte Fälle in das Hilfesystem aufgenommen.

- *Einrichtung einer niedrigschwelligen, fachlich betreuten Anlaufstelle für „Problemfamilien“ vor Ort / Initiierung spezieller Angebote für Kinder und Jugendliche mit Roma-Hintergrund*

Die Lebensverhältnisse der Romafamilien (aus Rumänien) sind sehr schwierig; sie leben meist unter dem Existenzminimum, der Lebensunterhalt wird oft "auf der Straße", mit Betteln, dem Verkauf von Obdachlosenzeitungen, kleinen Diebstählen, dem halblegalen Handel, etc verdient.

Die Roma-Kinder fühlen sich darüber hinaus ausgegrenzt und diskriminiert und meiden deshalb den Besuch der lokalen Ki/Ju-Einrichtungen. Die offensichtlich fehlende Akzeptanz der Roma-Kinder war bereits mehrfach Thema in den Steuerungsrunden des QM, sowohl anlässlich der Planungsphase für das YO! 22 als auch nach Eröffnung der Einrichtung im Sommer 2006. Lediglich die Schilleria als Mädchentreff in der Weisestraße konnte einige Roma-Mädchen zeitweise in die Hausaufgabenhilfe integrieren. Dennoch gibt es offensichtlich einen hohen Bedarf an konkreter Hilfe und Zuwendung, nicht nur seitens der Roma-Kinder, sondern auch deren Familien suchen geeignete Anlaufstellen, was sich spätestens seit dem - kurzzeitig in 2005 auch in der Schillerpromenade von der RAA durchgeführten - Rucksackprojekt (u.a. mit Alphabetisierungskursen) feststellen ließ.

Maßnahmen zur Verbesserung der Situation:

Aufgrund der Tatsache, dass gerade Kinder und Jugendliche aus diesen Familien große Integrationsprobleme haben, muss es zunächst darum gehen, ihnen einen Ort zu geben, an dem sie sich als Gruppe heimisch und angenommen fühlen, eine „zwangsweise“ Integration dieser Kinder in die o.g. Ki/Ju-Einrichtungen wäre vorerst für beide Seiten nicht zielführend.

Gestützt wird dieser Gedanke von dem von der unicef in Auftrag gegebenen Bericht „Zur Lage von Roma-Familien in Deutschland“. Hier wird das in Frankfurt / a. M. seit einigen Jahren sehr erfolgreich umgesetzte Projekt „Schaworalle“ (romanes: Hallo Kinder) als beispielgebend vorgestellt. Das bundesweit einmalige Modellprojekt „Schaworalle“ ist zunächst eine Kindertagesstätte, die ausschließlich Kinder aus rumänischen Romafamilien betreut. Schaworalle ist darüber hinaus aber auch ein Fa-

milienzentrum für Roma, denn neben dem Kindergarten werden u.a. Kurse zur Schulvorbereitung und Alphabetisierungskurse für Mütter sowie eine Familienberatung durchgeführt. "Schaworalle" hat einen - am Gemeinwesen der Roma – orientierten Ansatz. Im Team von "Schaworalle" arbeiten sowohl Roma als auch Nicht-Roma gleichberechtigt nebeneinander.

Es wird vorgeschlagen, mit der AG Task Force das Projekt „Schaworalle“ in Frankfurt im Rahmen einer Fachexkursion aufzusuchen, um die Anwendung auf Berliner bzw. Neuköllner Verhältnisse zu prüfen. Als Modellvorhaben in der Okerstraße könnte zunächst ein leerstehendes Ladenlokal in der Umgebung dafür eingerichtet werden..

- *Verbesserung der Schulsituation für Kinder und Jugendliche mit Roma-Hintergrund*

Die Roma-Kinder werden schon sehr früh zur Erwerbstätigkeit herangezogen. Da ihre Eltern oftmals selbst keine Schule besucht haben, wird Schulbildung als nicht wichtig und notwendig angesehen. Dies drückt sich auch in der hohen Rate an Schuldistanz von Roma-Kindern aus. Vielen Kindern im Einschulalter fehlen darüber hinaus die Voraussetzungen für den Schulbesuch.

Das Bildungsniveau der hier aufwachsenden Roma-Kinder ist oftmals sehr gering, es gibt einen hohen Anteil dieser Kinder in den umliegenden Förderschulen, die (Schul-) Situation der Kinder der „Saisonarbeiter“ und –„bewohner ist völlig ungeklärt; die Kinder unterliegen hier nicht der Schulpflicht. In der Bestandsanalyse des Jugendamtes wird festgestellt, dass der Schulbesuch konsequent eingefordert werden muss und dies bei Androhung von Bußgeld oder dem Einschalten des Familiengerichts durchaus zu Erfolg führen kann. Es ist aber auch deutlich geworden, dass es beim Thema „Schuldistanz“ offensichtlich keine klare Kommunikation zwischen betreuten Familien, Familienhelfern, Jugendhilfe, Schule und Polizei gibt. Insbesondere das kürzlich abgeschlossene Schulverweigerungsprojekt „die zweite Chance“ lässt hier deutliche Rückschlüsse auf fehlende Strukturen sichtbar werden.

Maßnahmen zur Verbesserung der Situation:

Die Kommunikation zwischen Schule, Jugendamt und Familien ist deutlich zu verbessern. Bei anhaltender Schuldistanz ist sofort zu reagieren und konsequent die Einhaltung der Schulpflicht einzufordern. Das Team Task Force und das Projekt der Elternschule an der Karl-Weise-Schule und ggf. die Schulstation der Karlsgarten-Grundschule sowie die Kurt-Löwenstein-Hauptschule sind als Netzwerkpartner einzubinden.

Den Eltern der hier aufwachsenden Roma-Kinder muss das Recht und die Pflicht auf Bildung verdeutlicht werden. Da sie selbst nur sehr wenig bis gar keine Schulerfahrung haben, können hier Alphabetisierungskurse für Mütter hilfreich sein.

- *Integration der „Problemfamilien“ in die Nachbarschaft / Schaffung eines Netzes nachbarschaftlicher Hilfe und Unterstützung*

.....

Trinkerproblematik auf der Schillerpromenade

- *Klärung und Verbesserung der - durch Trinkergruppen beeinträchtigten - Situation auf der Schillerpromenade*

Die Trinkerproblematik auf der Schillerpromenade ist ein saisonales Problem. Allerdings kann die Saison – je nach Witterungslage – von April bis November dauern. Aufgrund der unmittelbaren Nähe zur Karl-Weise-Grundschule und damit einhergehender Belästigung von Kindern und Eltern sowie der regelrechten Okkupation breiter Abschnitte der öffentlichen Grünanlage und der darauf befindlichen Spielplätze ist sie nicht nur ein nicht mehr hinnehmbares Ärgernis für die Anwohner. Bei einem Teil der Trinker handelt sich um Anwohner der Bereiche Schillerpromenade / Weise- / Leinestraße und angrenzende Straßen.

Maßnahmen zur Verbesserung der Situation:

Zunächst muss sofort mit „Saisonbeginn“ den Trinkergruppen deutlich gemacht werden, dass sie keinen Alleinanspruch auf die Grünanlage haben und sie sich friedlich mit den anderen Nutzergruppen zu arrangieren haben. Dass sollte durch eine zu-

nächst wöchentlich stattfindende, gemeinsame Begehung durch Polizei und Ordnungsamt signalisiert werden.

Darüber hinaus empfiehlt QM den befristeten Einsatz eines Sozialarbeiters (Streetworkers) der sich ebenfalls – zumindest über eine Saison – um die Trinkergruppen kümmert. Dabei geht es zunächst um die Kontaktaufnahme zu den Trinkergruppen, die Klärung der persönlichen Situation der einzelnen Trinker auch durch die Wahrnehmung von Hausbesuchen, sowie die Vermittlung an Hilfemaßnahmen und Einrichtungen (Blaues Kreuz, Tee- und Wärmestube, bzw. Einschaltung des Gesundheitsdienstes. Der Streetworker ist Teil des Projekts und der AG regelmäßig zur Berichterstattung verpflichtet.

Sowohl Polizei, Ordnungsamt als auch der Streetworker nehmen gemeinsam Kontakt zur Karl-Weise-Schule auf und benachbarten Einrichtungen auf und verabreden einen kurzen Dienstweg den Aufbau einer funktionierenden Kommunikationsstruktur inbegriffen.

Das QM ist zuständig für die Information der Anwohner und wird ggf. auch den Kontakt zum Abschnitt 55, BA Ordnungsamt bzw. Sozialarbeiter herstellen.

Es bleibt jedoch festzustellen: Sollte es bis Ende 2009 keine erkennbare Verbesserung der Situation geben, muss ggf. über die Ausweisung einer Gebietsverordnung nachgedacht werden.

*Berlin, den 26.02.09, Kerstin Schmiedeknecht
Projektleitung QM Schillerpromenade*